

# „Es wird viel Zeit brauchen ...“

Claudia Nolte, ehemals deutsche Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, setzt sich als Mitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Demokratie in Krisengebieten ein. In Belgrad spricht sie über die Unabhängigkeit des Kosovo und die Politik Serbiens.

Das Interview führte Martina Linzer.



## Wie ist die Stimmung in Belgrad? Wie nehmen Sie die Öffentlichkeit wahr?

In der Woche nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo am 17. Februar 2008, war die Stimmung in Belgrad gedrückt. Es herrschte Ärger und Frustration, was sich deutlich in dem Protest der Menschen auf der Großdemonstration mit mehr als 350.000 Menschen am 21. Februar ausdrückte. Die Entwicklungen im Kosovo werden mehrheitlich klar abgelehnt. Durch die Berichterstattungen, die sich oft auf die gewalttätigen Ausschreitungen bei dieser Demonstration konzentrierten, wurde allerdings die Realität etwas verzerrt. Die Mehrzahl der DemonstrantInnen war friedlich, nur eine kleine Gruppe von Hooligans wurde gewalttätig. Im Moment hat sich die Situation in Belgrad normalisiert, zumal der Fokus stärker auf innenpolitische Entwick-

lungen, wie die Auflösung des Parlaments und die bevorstehenden Wahlen gerichtet wird.

**Serbien verliert nun einen großen Teil seines Staatsgebietes, unter anderem befindet sich der ehemals höchste Berg Serbiens „Djeravica“ jetzt auf kosovarischem Boden. Wird das noch weitere Konsequenzen haben, außer dass Landkarten neu gedruckt werden müssen?**

Landkarten werden in Serbien wohl noch lange nicht neu gedruckt werden, auch nicht in den anderen Staaten, die den Kosovo nicht anerkannt haben. Im Allgemeinen sind die Konsequenzen momentan schwer abzuschätzen. Serbien wird sich weiterhin bemühen, dass der Kosovo nicht von noch mehr Ländern anerkannt wird und zumindest im Norden der politische Einfluss Belgrads bestehen bleibt. Die schlimmste Folge für Serbien aus dieser Situation wäre, dass

dadurch die Konzentration auf andere wichtige Politikfelder, wie die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Annäherung an die Europäische Union, verschleppt würde. Die Regierung des Kosovo steht demgegenüber vor der großen Herausforderung, seinerseits die Lösung der größten Probleme, wie Arbeitslosigkeit und Kriminalität, in Angriff zu nehmen.

**Von gesetzlicher Seite betrachtet, muss jeder Staat seine BürgerInnen gleich behandeln, aber gerade im Kosovo hat es immer Segregation in vielen Aspekten des täglichen Lebens gegeben. Wird sich das nach der Unabhängigkeitserklärung ändern?**

Das ist ein wichtiger Punkt, auf den alle ein großes Augenmerk legen werden. Natürlich sollen alle Bevölkerungsgruppen die gleichen



Demonstration in Pristina im Dezember 2007 (Forderung nach Unabhängigkeit des Kosovo)

Chancen, Möglichkeiten und Rechte haben, daran muss gearbeitet werden. Die Integration der SerbInnen im Norden des Kosovo wird besonders schwer werden. Der Einfluss der kosovarischen Politik ist hier stark begrenzt. Es wird viel Zeit brauchen, bis man den richtigen Umgang mit Minderheiten auch im Alltag etabliert hat. Der Prozess wird von Ort zu Ort verschieden sein. Der entscheidende erste Schritt ist die Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander und einen ausreichenden Minderheitenschutz.

**Wie kann man dem Staat Kosovo eine multiethnische Identität geben? Reicht hierfür die Bestimmung in der Verfassung oder bedarf es mehr?**

Die Verfassungsbestimmung ist von großer Wichtigkeit, da hiermit ein Selbstverständnis der Gesellschaft ausgedrückt und eine Selbstverpflichtung der Politik im Kosovo statuiert wird. Der Verfassungstext muss dann allerdings auch zu einer Alltagsverfasstheit führen. Minderheitenrechte und -schutz müssen in der Realität verwirklicht werden. Die Verfassung schafft dabei die Grundlage für eine entsprechende Gesetzgebung, zum Beispiel für Antidiskriminierungs-Gesetze. Die wiederum müssen

durchgesetzt werden, wofür in Streitfällen eine funktionierende Gerichtsbarkeit sorgen muss. Solche rechtsstaatlichen Strukturen aufzubauen, dazu dient unter anderem die EULEX-Mission [Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo, Anm. d. Red.].

**Wie könnte man SerbInnen im Kosovo dazu bewegen, dass sie sich auch zum neuen Staat Kosovo bekennen?**

Dies ist meines Erachtens ein längerer Prozess. Die Dezentralisierung ist ein wichtiger Baustein und Bemühungen seitens Prishtina, die Minderheiten wirklich in Meinungsfindungsprozesse einzubinden. Es müssten dazu aber auch Signale aus Belgrad kommen. Die SerbInnen, die im Kosovo leben, müssen freie Handlungsspielräume erhalten, um sich mit den Gegebenheiten vor Ort zu arrangieren.

**Die große Mehrheit der Bevölkerung im Kosovo ist muslimisch und die christlichen Kirchen werden von der NATO vor Angriffen von MuslimInnen geschützt. Wie schätzen Sie die Situation ein?**

Ich sehe hier das Hauptproblem nicht in der Religionszugehörigkeit. Bei dem Schutz der

NATO geht es vor allem um alte serbische Kirchen und Klöster. Viele von ihnen wurden während der März-Unruhen 2004 attackiert. Der Gewaltausbruch auf diese Heiligtümer richtete sich aber meines Erachtens vor allem gegen ihre serbische Zugehörigkeit.

**Wird die Stabilität am Balkan Ihrer Meinung nach durch die Unabhängigkeit des Kosovo gefährdet? Kann ein muslimischer Staat inmitten Süd-Osteuropas eine Gefahr sein?**

Der Kosovo ist in erster Linie ein säkularer Staat, der sich nicht durch seine Religion definiert. Ich teile nicht die Ansicht, dass durch die Unabhängigkeitserklärung ein Präjudiz geschaffen wurde, das andere Sezessionsbestrebungen beispielsweise in Mazedonien oder Bosnien verstärkt. Fest steht, dass die Fälle nicht miteinander vergleichbar sind. Der Kosovo ist de facto seit 1999 unabhängig und wird seitdem auf der Grundlage der Resolution 1244 der Vereinten Nationen von der internationalen Gemeinschaft verwaltet.

**Kann die Unabhängigkeit des Kosovo als Präzedenzfall für andere Gebiete herangezogen werden, in denen es wegen multiethnischer Bevölkerung ein Aufbegehren hinsichtlich**



Fotos © Kopf

**einer Abspaltung gibt, vor allem im Bereich des südlichen Kaukasus?**

Ich glaube nicht, dass diese Gefahr besteht, auch wenn derzeit darüber viele Debatten stattfinden. Aber auch da gilt, dass eine Vergleichbarkeit mit dem Kosovo nicht gegeben ist. Jede Veränderung bringt auch Unruhen mit sich, auf die in sensibler und rationaler Weise reagiert werden muss. Gerade die EuropäerInnen müssen sich nun beim Aufbau europäischer Strukturen und Werte hier in der Region engagieren, denn dies wird für die Zukunft Serbiens und Kosovos entscheidend sein.

**Wird Serbien die Unabhängigkeit des Kosovo jemals formal anerkennen? Was muss passieren? Was wird passieren?**

In Serbien gibt es zu diesem Thema eine klare Position aller Parteien, einschließlich der Partei des Präsidenten Tadic, dass sie die Unabhängigkeit des Kosovo niemals akzeptieren werden. Einzige Ausnahme ist die kleine liberale Partei LDP. Natürlich sind Änderungen in der Politik immer möglich, aber zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Der serbische Standpunkt wird mit diplomatischen Mitteln verfochten. Man

beruft sich auf das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen. Drastische Maßnahmen sind meines Erachtens nicht zu erwarten. Es ist wichtig, dass die KFOR weiterhin zur Absicherung im Kosovo stationiert bleibt, damit extreme Handlungen verhindert werden können.

**Was können wir vom Kosovo lernen, wenn es um Politik, Gesellschaft und Aufbegehren nach Unabhängigkeit geht?**

Die Grundrechte für Minderheiten sind im Kosovo über lange Zeit missachtet worden. Die Probleme haben sich über Jahre hinweg aufgestaut und der Druck hat sich auf brutale Art und Weise entladen. Die Unterdrückung und die unzähligen Repressionen, die den kosovarischen AlbanerInnen in Zeiten von Milosevic widerfahren sind, haben das Aufbegehren massiv potenziert. Es hat sich einmal mehr gezeigt, welche Folgen der Nationalismus hat. Deshalb ist es wichtig, jeder Form des Nationalismus entgegenzuwirken. Grundsätzlich muss gelten, schwelende Konflikte nicht zu ignorieren und hinauszuschieben, sondern sie rechtzeitig ernst zu nehmen und allen Konfliktparteien Gehör zu schenken. Man muss sich frühzeitig um eine Konfliktlösung bemühen und zwar um eine

Lösung, mit der sich alle Beteiligten identifizieren können und mit der man auf Dauer friedlich zusammenleben kann.



© KK

Dr.<sup>in</sup> Claudia Nolte, geb. 1966 in Rostock, ein Sohn. 1994 jüngste (28) Bundesministerin Deutschlands (Familie, Senioren, Frauen und Jugend). 1999–2002 Beauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange der Menschen mit Behinderungen; seit Juli 2004 Vorsitzende des Allgemeinen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und Humanitäre Fragen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie Stellvertretende Vorsitzende des Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands. Seit 2006 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Belgrad.